Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz. Jährenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirche 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 23

Düsseldorf, den 5. Juni 1926.

Versandort Crefeld

Gewerbeaufsicht und Textilarbeiterschaft.

I.

Die jährlich von den einzelnen Gewerbe- und Handelsaufsichtsämtern herausgegebenen Jahresberichte enthalten vielfach wertvolle Anregungen und Aufschlüsse über wirtschaftliche und soziale Fragen. Ihr Inhalt bietet besonders für die Ortsgruppenleitungen wertvollen Stoff zur Behandlung in Versammlungen, Konferenzen usw. Die Berichte zeichnen sich dadurch aus, daß sie nicht nur trockene Zahlen enthalten, sondern an Hand zahlreicher Einzelbeispiele aus dem täglichen Leben in Betrieb und Werkstatt belehrend und aufklärend wirken. Das trifft besonders bezüglich der Unfallgefahren, aber auch hinsichtlich mancher anderen Fragen zu.

Als einer der ersten Berichte ist der des württembergischen Gewerbe- und Handelsaufsichtsamts für das Jahr 1925 erschienen. Da in diesem Bericht auch in diesem Jahre wie von jeher sehr wertvolle Mitteilungen enthalten sind, geben wir auszugsweise einige wichtige Angaben wieder mit besonderer Berücksichtigung der auf die Textilindustrie bezüglichen Darlegungen.

Hinsichtlich des Standes der Betriebe und Arbeitnehmerzahl lassen sich Vergleiche gegenüber früheren Jahren nicht mehr herbeiführen, weil in diesem Jahre erstmals auch die Betriebe mit bis zu 5 Arbeitnehmern, seither 10 Arbeitern, in die Uebersicht einbezogen sind. Es ergibt sich für 1925 demnach folgendes Bild:

Die Zahl der Betriebe mit 1-4 Arbeitnehmern betrug insgesamt 15 631 mit 29 197 Arbeitnehmern, davon wurden nachgeprüft 7809 mit 14 712 Arbeitnehmern. Betriebe mit 5-9 Arbeitnehmern waren 8078 vorhanden mit 115 316 Arbeitnehmern. Davon wurden nachgeprüft 3 609 mit 55 491 Arbeitnehmern. Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmern waren 1697 vorhanden mit 330 948 Arbeitnehmern. Davon wurden nachgeprüft 1162 mit 249 249 Arbeitnehmern. Insgesamt ergibt sich demnach, daß die Zahl der unter die Gewerbe- und Handelsaufsicht fallenden Betriebe 25 406 betrug mit insgesamt 475 461 Arbeitnehmern. Davon wurden nachgeprüft 12 580 Betriebe mit 319 452 Arbeitnehmern. Außer diesen Nachprüfungen wird noch über eine Anzahl Beschäftigten berichtet, besonders auch in Betrieben, die in obigen Zahlen nicht einbezogen sind.

In einem besonderen Hauptteil, in dem die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände besprochen sind, kommt der Bericht auch auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu sprechen, wobei einige sehr bemerkenswerte Zahlen mitgeteilt werden. Bei Beginn des Jahres hatten die Betriebe wohl noch unter den Auswirkungen der Stabilisierung unserer Währung zu leiden, aber im allgemeinen war doch in den ersten Monaten der Beschäftigungsgrad ein guter, in einigen Industrien sogar ein sehr guter. In Württemberg mit seiner Verarbeitungsindustrie wirkte sich der schlechte Geschäftsgang, der in der deutschen Schwerindustrie schon längere Zeit vorherrschend war, erst nach und nach aus. In der zweiten Hälfte des Jahres äußerte sich aber infolge der Kapital- und Kreditnot das Bild sehr rasch. Am Jahresende war der harte Reinigungsprozess in voller Auswirkung und forderte viele Opfer in Handel und Industrie. Vor allem die Neugründungen der Inflationszeit, aber auch manche alteingesessene Firmen schieden aus dem wirtschaftlichen Kampfe aus. Ueber die Notwendigkeiten, um aus diesem Tiefstand der Wirtschaft wieder herauszukommen, macht der Jahresbericht sehr bemerkenswerte Ausführungen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich zunächst der Produktions- und Verteilungsapparat dem heutigen Stande anpassen muß, die organisatorischen und technischen Fortschritte der wirtschaftlich besser gestellten Wettbewerbsländer müssen aufgeholt werden. In der Steuer- und Zollpolitik ist der veränderten Wirtschaftslage Rechnung zu tragen. Ein Preisabbau ist unumgänglich, wenn die Ausfuhr gesteigert und im Inland wieder ein stärkerer Absatz erzielt werden soll. Unerlässlich ist wiederum die eigene Kapitalbildung für die Betriebe, denn die Auslandskredite können nur eine vorübergehende Besserung, aber keine Behebung der Schwierigkeiten bringen.

Die Größe der Auswirkung und die Gefahren der Krise waren in den einzelnen Wirtschaftszweigen verschieden. Am stärksten wurde die Metallindustrie und innerhalb dieser insbesondere die Automobil- und Edelmetallindustrie betroffen. Erst sehr spät griff die Krise auf die Textilindustrie über. In der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie wurde im ersten Jahr mit Vollbetrieb gearbeitet, während gegen Schluß des Jahres die Lage schlechter wurde. Die Holzindustrie hatte 1925 ein schlechtes Jahr. Die Krise kommt in den Zahlen der Erwerbslosen vom 1. Juli 1925 bis 31. Januar 1926 anschaulich zum Ausdruck. Die Erwerbslosigkeit beginnt mit 356, bleibt bis Anfang November mit 1706 verhältnismäßig klein, um aber dann in großen Sprüngen sich bis anfangs Februar auf 43 812 zu steigern.

Wie sehr die ungelunde Entwicklung während der Geldentwertungszeit auf die Entstehung und die Häufigkeit der jetzigen Wirtschaftskrise zurückgewirkt hat, zeigt eine Aufstellung über die in früheren Jahren und im Jahre 1924 vorhandenen Betriebe und Arbeiter.

Es waren demnach in Württemberg vorhanden: Im Jahre 1923: 14 274 Anlagen mit 10 und mehr Arbeitern und gleichgestellte Betriebe mit 274 558 Arbeitern. Im Jahre 1920: 14 570 Anlagen mit 10 und mehr Arbeitern und gleichgestellte Betriebe mit 262 213 Arbeitern. Im Jahre 1922: 17 237 Anlagen mit 10 und mehr Arbeitern und gleichgestellte Betriebe mit 350 972 Arbeitern. Im Jahre 1924: 18 306 Anlagen mit 10 und mehr Arbeitern und gleichgestellte Betriebe mit 342 339 Arbeitern. — Wenn auch ein Teil der Betriebsvermehrung, die nach diesen Zahlen 23 v. H. beträgt, auf die Einbeziehung früher motorloser, nunmehr mit Krastanlagen versehener kleiner Betriebe zurückzuführen sein mag, so spielt doch dieser Vorgang für eine solche Erhöhung der Arbeiterzahl kaum eine Rolle.

Bemerkenswerte Ausführungen werden auch über die Arbeitnehmer-Vertretungen (Betriebsräte) und ihr Wirken gemacht.

Es wird festgestellt, daß in einer Reihe von mittleren, auch einzelnen größeren Betrieben, bei welchen im Vorjahre noch eine gesetzliche Betriebsvertretung angetroffen worden war, insbesondere in den mehr ländlichen Bezirken, in diesem Jahre eine solche gefehlt hat. Betriebsobmänner, die für kleinere Betriebe in Betracht kommen, wurden nur noch selten angetroffen. Nach übereinstimmender Beobachtung der Aufsichtsbeamten ist die Teilnahme der Arbeitnehmer für Betriebsräte sichtlich zurückgegangen und da, wo es an sich noch vorhanden wäre, scheitert das Zustandekommen einer lebensfähigen Betriebsvertretung an der Scheu der einzelnen vor Uebernahme des Amtes, teils weil die Betriebsräte bei Erfüllung ihrer Pflichten von einem Teil ihrer Mitarbeiter nicht nur nicht unterstützt, mitunter sogar angefeindet werden, teils auch, weil sie sich den Nachteilen, die von uneinsichtigen Arbeitgeberern aus ihnen erwachsen können, nicht aussetzen möchten. Das Gewerbeaufsichtsamt hat zwar auf die Unternehmer mit Hinweis auf gesetzliche Verpflichtung auf die Aufstellung eines Wahlvorschlages hingewirkt, doch wird mit Recht betont, daß über den Wert derartiger gezwungen errichteter Betriebsräte keine Zweifel bestehen können. Bei den Arbeiterinnen ist das Verständnis für die Betriebsratsstätigkeit noch viel geringer als bei den Arbeitern. Der Bericht stellt weiterhin fest, daß in den kleineren Handelsbetrieben die Einrichtung der Betriebsvertretung so gut wie ausgestorben ist, daß sie sich dagegen in den großen Betrieben erhalten und bewahrt hat.

Ueber Tarifverträge und Arbeitsordnungen wird berichtet, daß die Zahl der behandelten Arbeitsordnungen und Nachträge zu solchen in gewerblich produktiven und in reinen Handelsbetrieben von 211 im Jahre 1924 auf 320 im Jahre 1925 gestiegen ist. Vielfach ist noch sowohl bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern die irrige Ansicht vorhanden, daß Tarifvertrag und Arbeitsordnung das gleiche wären, und daß bei Vorhandensein eines Tarifvertrages eine Arbeitsordnung für den einzelnen Betrieb überflüssig und nicht mehr vorgeschrieben sei. Diese irrige Ansicht mußte von den Aufsichtsbeamten immer wieder richtig gestellt werden.

Der Bericht enthält Abhandlungen über verschiedene Sonderfragen, worunter eine besonders für die Textilindustrie wichtige die ist, für welche Industriezweige und in welcher Weise die Löhne der Heimarbeiter tariflich geregelt sind und wie diese Vereinbarungen beachtet werden. Demnach bestehen besondere Lohnvereinbarungen nur für die Heimarbeiter in der Wäcker- und Strickereiindustrie, die die bedeutendste Heimindustrie Württembergs darstellt. Diese Lohnvereinbarungen sind zwischen dem Gewerkeverein der Heimarbeiterinnen und dem Verband süddeutscher Arbeitgeber, Landesgruppe Württemberg, abgeschlossen.

Ueber die Einhaltung der tariflichen Lohnbestimmungen ergeben die Erhebungen, daß in der Strickereiindustrie in Stuttgart die Tariflöhne offenbar durchweg bezahlt werden, bei den Heimarbeiterinnen im Lande dagegen nicht, da dort die allermeisten Heimarbeiterinnen nicht organisiert waren.

Ueber die Frage der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Nachtarbeit wird berichtet, daß die Höchst-arbeitszeit im Berichtsjahr meistens zwischen 49,5 und 64 Stunden in der Woche betrug, und daß sie während der ersten dreiviertel Jahre guten Geschäftsgangs von der Metall-, Textil-, Harmonika- und Uhrenindustrie, im Papiergewerbe, in den Schokoladen- und Zigarrenfabriken regelmäßig ausgenützt wurde. Bestrafungen wegen Ueberschreitung der Arbeitszeitvorschriften erfolgten in 72 Fällen zu insgesamt 2873 Mark. Die Höhe der einzelnen Bestrafungen lag zwischen 3 und 300 Mark.

Rennermerkte Verfehlungen gegen die Bestimmungen, die nach § 120 e und 130 a der Gewerbeordnung zum Schutze der weiblichen Arbeiter in einzelnen Gewerbebezügen aufgestellt sind, wurden nicht erhoben. In den Konfektionswerkstätten allerdings ergab die Einhaltung der Vorschriften über den Arbeitschluß an den Vorabenden der Sonn- und Festtage immer wieder Schwierigkeiten. Der Wächnerinnen-schutz wurde nach den Wahrnehmungen der Beamtinnen im allgemeinen durchgeführt.

Die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit, der Pausen und der Ruhezeit der Arbeiterinnen ließ in vielen Fällen zu wünschen übrig. Zu Zeiten noch guten Geschäftsgangs waren Ueberschreitungen der Arbeitsdauer in der Textilindustrie keine Seltenheit; auch die Mitgabe von Zuschneide- und Näharbeit nach Hause hat in den Trikotfabriken des Wälder Bezirks wieder eingegriffen, so daß der tatsächliche Arbeitstag sich für manche auf über 10 Stunden erstreckte. Eine Textilfirma, welche die Erlaubnis hatte, mit der Schichtarbeit erwachsener Arbeiterinnen um 5 Uhr morgens zu beginnen, dehnte die Arbeitszeit der Vormittagschicht bis 8 Uhr nachmittags, d. h. auf 10 statt 8 Stunden aus. Wegen dieser Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung der Ziff. 23 der Arbeitszeitverordnung vom 17. 12. 18 u. 21. 12. 23 erfolgte Strafanzeige. Das Amtsgericht kam zum Freispruch, weil es der Ansicht des Unternehmers und des Arbeitgeberverbandes betrat, daß es nach dem Wortlaut der genannten Bestimmung fraglich sei, ob die 16-stündige Ruhezeit auch für Arbeiterinnen der Vormittagschicht in Anwendung komme. Eine Ueberschreitung der Arbeitszeit sei bei der von 5 Uhr früh bis 8 Uhr nachmittags während der Morgenschicht nicht festzustellen, weil nach dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag für die Textilindustrie die 54-Stundenwoche gelte, welche nach jenem Tarif sogar zu eintreten dürfe, daß an 5 Tagen der Woche 10 und an einem Tag 4 Stunden gearbeitet werde. Ein Unterschied zwischen ein- oder mehrschichtigen Betrieben sei nicht gemacht. Der zuständige Gewerbeamt vertrat dem Bericht gegenüber die gegenteilige Ansicht mit der Begründung, daß die Anordnung vom 23. 11. u. 17. 12. 18 grundsätzlich eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden nicht zulasse. Es sei daher davon auszugehen, daß die sonst verbotene Zulassung von Nachtarbeit von 8 bis 10 Uhr abends an die Voraussetzung gebunden sei, daß die Gesamtarbeitszeit in zwei Schichten zu je 8 Stunden eingeteilt werde. Wenn nun aber Ziff. V in die neue Arbeitszeitverordnung unverändert Aufnahme gefunden habe, so sei zweifellos beabsichtigt gewesen, die Dauer auch der Vormittagschicht auf 8 Stunden zu beschränken. Ausnahmen von der Ruhezeitbestimmung seien allerdings in der Ausführungsanweisung vom 17. 4. 24 (R. G. Bl. I, S. 416) vorgesehen, jedoch müßten sie nach Ziff. VII der alten und § 14 der neuen Arbeitszeitverordnung von der zuständigen Behörde (Gewerbeamt) ausdrücklich genehmigt werden. Die Firma hätte von der 10-stündigen tariflichen Arbeitszeit in der Vor- und Nachmittagschicht Gebrauch machen können, solange die zweite Schicht nicht über 8 Uhr abends hinaus dauerte. Das Gericht hätte also die Firma entweder wegen unzulässiger Schichtdauer oder wegen unerlaubter Nachtarbeit bestrafen müssen. Für den Arbeiterschutz ist es von Bedeutung, daß die Arbeiterinnen die Schichten wöchentlich wechseln, wie es aus praktischen Gründen allgemein üblich und in bestimmten Gewerbe-zweigen auf Grund von § 130 a der Gewerbeordnung sogar vorgeschrieben ist. Es lag daher sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers, daß die Ausspannung, die mit dem Wechsel von Tag- und Nachtschicht bezweckt ist, durch Mehrarbeit in der Tagschicht hinfällig gemacht wird. Bedauerlicherweise legte der Staatsanwalt gegen den Freispruch keine Berufung ein, so daß dem Amt eine weitere Klärung der Frage unmöglich gemacht war. In Verbindung mit dieser Klage jedoch wurden wegen Nichtbeachtung der Pausen innerhalb der Schicht, und weil die Firma die Jugendlichen trotz ausdrücklichen Verbots um 5 Uhr morgens mit der Arbeit beginnen ließ, der Geschäftsführer mit 80 M., der Werkführer mit 50 M. bestraft.

Inhaber und Leiter einer neu errichteten Spitzen-ausrüsteret mit 30 Arbeitern, die trotz mündlicher und schriftlicher Verwarnung erwachsene und jugendliche Arbeiterinnen 10,5 und 11 Stunden beschäftigt, wurden zur Anzeige gebracht. Der erstere erhielt eine Gesamtstrafe von 60 M., während der Betriebsleiter, der nur auf Anordnung des Unternehmers handelte, unbestraft blieb.

Die Sonderbestimmungen für jugendliche Arbeiter und Kinder wurden im allgemeinen nach dem Bericht beachtet. Allerdings wurden überwiegend zu kurze Vor- und Nachmittagspausen festgestellt.

Serien in der Lobbericher Textilindustrie.

Die Manteltarife für die Textilindustrie sehen die Bestimmung vor, daß jeder Arbeitnehmer in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 8 Tage Ferien erhält. Der Zeitpunkt der Ferien ist in den Verträgen nicht festgelegt. Im Crefelder Stadtgebiet ist über einen einheitlichen Ferientermin in der Pfingstwoche eine Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erzielt worden. Einheitliche Ferien für alle Betriebe außerhalb Crefelds lehnt der Arbeitgeberverband ab. Eine eigenartige Praxis. Bei allen Fragen, die für die Arbeiterschaft ungünstig sind, gibt es nur einen Arbeitgeberverband, im umgekehrten Falle aber regelmäßig zwei. Die Festlegung des Ferientermins in den Lobbericher Textilbetrieben war somit Sache der Betriebsleitung und der gesetzlichen Betriebsvertretung. Leider haben sich im Verlaufe der Verhandlungen Dinge gezeigt, die eine öffentliche Behandlung dieser Frage notwendig machen.

Die Firma Riedel & Co. A.-G. Lobberich, ließ am Donnerstag, den 15. April der Betriebsvertretung wissen, daß die Ferien in der Woche vom 3.-8. Mai sein sollten. Wir verlangen es uns, auf die übrigen Vorschläge der Firma einzugehen, die bei dieser Eröffnung gemacht wurden, erklären aber, daß es Gott sei Dank noch genügend Arbeiter gibt, deren Ehre nicht mit

Weld zu bezahlen ist. Der Betriebsrat hat der Firma mitgeteilt, daß über den Ferienbeginn sich erst reden ließ, wenn allen Arbeitern die nach dem 1. März 1926 unverschuldet infolge der Wirtschaftskrise zur Entlohnung gekommen seien, die Differenz zwischen dem Erwerbseinkommen und dem Ferienlohn beim einbehaltenen Ferienbeginn ausbezahlt würde. Der Vorschlag des Betriebsrates war durchaus nichts Neues. In der Kreisleiter-Industrie ist beim Vorliegen ähnlicher Verhältnisse in den Jahren 1924 und 1925 dieselbe Regelung getroffen worden. Die Firma Niedlich hat aber das geringste Entgegenkommen in dieser Beziehung rundweg abgelehnt. Da keine Einigung zu erzielen war, sah sich die Betriebsvertretung genötigt, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Die Arbeitsordnung spricht von einem Benehmen mit der Betriebsvertretung über den Ferienzeitpunkt, das Betriebsratsgesetz sieht eine Mitwirkung des Arbeiterrates bei der Regelung des Urlaubs vor, der Tarifvertrag für die Veredelungsindustrie verlangt ein Einverständnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat über den Ferienbeginn. Die Direktion hielt Vertrag und Gesetz für nicht vorhanden und setzte deshalb durch Anschlag 25. 4. 1926, einseitig den Ferienbeginn fest, obwohl bekannt war, daß der Schlichtungsausschuß mit der Regelung der Streitfrage beauftragt war. Das war für die Veredelungsindustrie verhängnisvoll. Die Zeit des Nichtbestehens auf der einen und blinden Gehorsams auf der anderen Seite ist vorbei. Deshalb protestierte die gutbesetzte Delegiertenversammlung am 27. 4. 26 im Lokale Haus entschieden gegen das einseitige Vertrags- und Gesetzesgehören und setzte einstimmig den Beschluß, den Ferienbeginn nicht anzuerkennen und auch dann, wenn er gewaltsam zur Durchführung gebracht würde, sich jede weitere Handlung vorzubehalten.

Der Schlichtungsausschuß tagte am Mittwoch, den 28. 4. 26 in Krefeld. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Jehrkötter, als Beisitzer waren auf Arbeitgeberseite Dr. Schürmann-Krefeld, Dr. Hans van der Lipich-Lobberich und auf Arbeitnehmerseite die Gewerkschaftssekretäre Hoffmann-Bierßen und Thir-Krefeld. Der Vorsitzende schenkte keine besondere Vorliebe für den Fall zu haben, er unterbrach den Begründer des Antrages schon in der ersten Minute und ließ im Laufe der Beratung wiederholt erkennen, daß er die Verhandlungen beschleunigt zu Ende zu führen wünschte. Der Schlichtungsausschuß hat deshalb auch seinen Beschluß in rechtlicher Hinsicht überhaupt nicht erlassen. Wie kann man Recht sprechen, wenn die Rechtsmaterie verkannt wird? Der Schlichtungsausschuß hat einstimmig das Vorgehen der Firma als Unrecht erklärt, aber gleichzeitig das unrichtige Vorgehen der Betriebsleitung gutgeheißen, indem er sich aus den Ferienbeginn endgültig auf den 3.-8. Mai festsetzte. Diese Entscheidung soll endgültig sein, die weder angenommen noch abgelehnt werden kann. Wer Recht hat, bekommt Unrecht, wer Unrecht getan erhält Recht. Was ist par a d o r. Der christliche Textilarbeiterverband erkennt diese Entscheidung nicht an. Es wird zu prüfen sein, ob die Besetzung des Ausschusses den Gesetzwortlaut entspricht. Der Vorsitzende wird aber die Rechtsgrundlagen zu nennen haben, die zu einer solchen Entscheidung führten. Alle vorgesehene Instanzen und falls notwendig, die höchste Reichsinstanz, wird sich mit dem Beschluß des Schlichtungsausschusses zu beschäftigen haben.

In der Frage der Differenzzahlung an augenblicklich Erwerbslos hat der Schlichtungsausschuß sich für unzuständig erklärt. Die Tarifparteien müßten vielmehr versuchen, hier zu einer Regelung zu kommen und dann, falls eine Einigung unmöglich, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Es wird gehofft, daß bei diesem Termin Gang zum Sonderbaren nicht mehr besteht.

Bei der Firma J. L. de Ball, Lobberich, war der Ferienbeginn auf den 3. bis 8. Mai vereinbart. Ueberdies war ein Uebereinkommen erzielt, daß alle Arbeiter, die bis 30. September 1926 in Arbeit kommen, den Differenzbetrag zwischen Erwerbseinkommen und Ferienlohn erhalten sollten. Diese Regelung bestand auch im Vorjahre. Der Arbeitgeberverband wurde von anderer Seite auf diese Vereinbarung aufmerksam gemacht und verbot die Zahlung des Differenzbetrages. Da es der Firma nicht möglich war, die Genehmigung des Arbeitgeberverbandes zur Innehaltung der Vereinbarung zu erhalten, ist in letzter Stunde, am Freitag den 30. April, mit der Betriebsvertretung eine Verständigung dahingehend erzielt worden, daß die Ferien nicht vor dem 1. Juni 1926 stattfinden. Damit besteht begründete Aussicht, alle Arbeiter dieser Firma in den Besitz der Ferien zu bringen. Wer nach dem 1. Juni eingestellt wird, hat Anspruch auf Ferien, vorausgesetzt, daß nicht Ferienlohn von einer anderen Firma bezahlt wurde. Es wird von uns rückhaltlos anerkannt, daß die Firma J. L. de Ball Beständnis für die Wünsche der Arbeiter gezeigt und ihr Verhalten Vertrauen in der Arbeiterschaft ausgelöst hat, jenes Vertrauen, wovon in der Theorie allzuviel gesprochen, aber in der Praxis zu wenig gewendet wird. Das muß von uns unumkehrbar ausgesprochen werden, da die Firma sicherlich ebenso viele wirtschaftliche Gründe für einen früheren Ferienlohn ins Feld führen konnte, wie andere Firmen es zu tun beliebten.

Die Appretur der Firma Kreg & Cleven verlegt ebenfalls den Ferienbeginn. Ferienlohn, die bereits zur Auszahlung gelangten, werden bei der nächsten Lohnzahlung verrechnet. Der Fabrikbetrieb dieser Firma hat in der Woche vom 3. bis 8. Mai Ferien, da nach Angaben der Firma eine schnelle Umdisponierung für den Fabrikbetrieb nicht mehr möglich war.

Mit der geschilberten Ferienfrage beschäftigte sich am Sonntag, den 2. Mai 1926 die gutbesetzte außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes. Der Vorstand erstattete eingehend Bericht. Die Haltung des Schlichtungsausschusses erragte allgemein Besten. Das Vorgehen der Betriebsleitung fand einstimmige Billigung. Es mußte gegen das einseitige Vorgehen in der Ferienfrage Front gemacht werden. Mit praktischer Entschlossenheit und nach der moralischen Seite vollkommen gerechtfertigt, ist die Arbeiterschaft aus diesen Auseinandersetzungen hervorgegangen.

Berufsgesfahren in der Textilindustrie.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltete vom 19. bis 23. April d. Js. in Breslau im Einvernehmen mit den daran interessierten Stellen und Organisationen einen Vortragskurs über wichtige Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

Von speziellem Interesse für die in der Textilindustrie Beschäftigten war der in der Vortragsfolge vorgesehene Vortrag des Gewerberats Loch, Waldenburg, über „Berufsgesfahren der Textilindustrie, insbesondere der schleifenden Leinenindustrie und ihre Verhütung.“ Wie der Vortragende ausführte, ergeben sich die Berufsgesfahren der Textilindustrie 1. aus der ausgiebigen Verwendung von Maschinen, 2. durch die mehr oder minder große Staubentwicklung, 3. durch vielfaches Bearbeiten der Textilstoffe in heißen, feuchten Räumen und zum Teil mit ätzenden Stoffen und 4. durch Entleerung saulender oder chemisch verunreinigter Abwässer. Verarbeitet werden in der Textilindustrie Fasertstoffe sowohl tierischen als auch pflanzlichen und mineralischen Ursprungs. Man kennt über 50 verschiedene Fasertstoffe, die in größerem oder kleinerem Umfange zur Verarbeitung in der Textilindustrie gelangen oder doch wenigstens zur Verwendung geeignet sind. Auf die Gefährlichkeit all dieser Fasertstoffe bezog sich der Vortragende auf die bei deren Verarbeitung ergebenden Berufsgesfahren einzugehen, mußte sich der Vortragende naturgemäß beschränken. Er beschränkte sich daher auf die drei hauptsächlichsten Textilrohstoffe Flachs, Baumwolle und Wolle.

Bezüglich der Gefährlichkeit des Staubes führte der Vortragende aus, daß der Flachsstaub an sich weniger gefährlich sei, obwohl die Faser bis zu 13 Prozent Kieselsäure enthält. Da die Flachsfasern glatt sei, habe der Staub nicht so feht. Hier spielt die große Menge des entziehenden Staubes eine größere Rolle. Die Faser der Baumwolle, desgleichen auch der Wolle, sei mit Widerhaken besetzt, weshalb der aus solchen Fasertstoffen sich zusammensetzende Staub zur Verätzung neigt. Zur Gewinnung der Faser muß der Flachs dem Ritzprozeß unterworfen werden. Hier gibt es zwei Gefahren. Das ursprüngliche und für die Erhaltung der Faser beste Verfahren der Tauröste (Rotten) ist ohne besondere Berufsgesfahren. Mit der Warmwasserrotte ist die Entleerung schädlicher Abwässer verbunden, deren Unschädlichmachung notwendig, aber zum Teil mit erheblichen Unkosten verknüpft ist. Das vor dem Knicken erforderliche Trocknen des Flaches geschieht noch vielfach, namentlich in der Tschecho-Slowakei, in Dörren, die mit den beim Knicken und Schwingen des Flaches abfallenden Holzstücken, Scheben genannt, geheizt werden. Hier sind die leichte Entzündbarkeit des Materials und auch Staubexplosionen Gefahrenquellen. In Deutschland geschieht das Trocknen meist mittels Heißluftkanäle. Bei der Arbeit an Knickmaschinen besteht meistens noch die Möglichkeit von Handverletzungen bei Zuführung des Flaches. Das Schwingen wird zum Teil mit Maschinen, auch mit der Hand, ausgeführt. Hier vor allem stellt die außerordentliche Staubentwicklung eine Berufsgesfahr dar, deren Beseitigung bis vor kurzem nur unvollkommen gelang. Erst in neuerer Zeit ist es der Fa. Pollich, Düsseldorf, gelungen, nach 14-monatlichen Versuchen eine Staubabfangungsanlage zu schaffen, die gut funktioniert.

Das im Schwingen und Sechseckverfahren abfallende Berg wird in Schüttelmaschinen gereinigt. Bei der Baumwolle ist die Staubentwicklung beim Deffnen der Ballen, Lockerung und Reinigung der Baumwolle weniger groß, da hier meist automatische Zuführung und Maschinenarbeit mit Staubabfangung weitgehend durchgeführt ist. Der fetthaltigen Rohwolle haften tierischer, und pflanzlicher Schmutz reichlich an, der Wolle asiatischen Ursprungs nicht selten die gefährlichsten Milzbrandsporen. Für die Reinigung dieser Ballen sind Schutzmaßnahmen in erhöhtem Maße erforderlich. Die Unschädlichmachung der dabei entziehenden fauligen Abwässer ist wesentlich gefördert worden, seitdem die Rückgewinnung der mit der Wollwäsche abgehenden Fettstoffe durchgeführt ist.

Der Spinnprozeß ist bei allen drei genannten Rohstoffarten im Prinzip der gleiche. Die erste Arbeit, das Parallelegen der Fasern, wird beim Flachs zugleich mit der letzten Reinigung des Flaches von Berg und den anhaftenden Holzstücken durch das Secheln erledigt. Für die Beseitigung des entstehenden Staubes in den Hand- und Maschinenhebeln sind meistens ausreichende Einrichtungen geschaffen. D. h. wenn sie richtig funktionieren. D. h. früher häufig vorkommende Verletzungen des Maschinenheblers beim Umspannen entfallen dadurch, daß dem Umspanner die schweren eisernen Kluppen erst auf die Hände fielen, wenn er durch irgendwelche Störungen dem Gange der Maschine nicht folgen konnte und auf die von der Maschine zum Umspannen herausgestoßene Kluppe

nicht achtete. Durch die fast überall eingeführte automatische Umspannung sind die Unfälle an Sechelmaschinen wesentlich zurückgegangen.

Die nun folgenden Arbeiten in der Vorspinnerei bestehen zunächst in der Herstellung von Flachsbändern an den Streckmaschinen. Die verhältnismäßig geringere Tourenzahl dieser Maschinen und die Länge der Flachsfaser machen eine Zuführung des Spinnmaterials mit den Händen unbedenklich. In den Vorspinnmaschinen erhält das durch mehrfachen Strecken erzielte dünne Flachsband die erste Drehung und geht als Vortag in die Feinspinnerei. Die dicht beieinanderliegenden Flügelspindeln lassen Abfaugvorrichtungen an diesen Maschinen schwer anbringen, sodaß eine Entstaubung nur durch allgemeine Lüftung des Saales möglich ist. Der Spinnprozeß an den Feinspinnmaschinen erfolgt unter Zuführung von heißem Wasser, wobei durch die schnelle Umdrehung der Spindeln eine Zerstäubung des Wassers erfolgt. Da durch das heiße Wasser ohnehin Wasserdampf entsteht, herrscht in den Feinspinnereien stets eine heiße, feuchte Luft, die sich auf dem Fußboden, an den Wänden und Maschinen niederschlägt und die bei dieser Arbeit Beschäftigten durchdringt. Der durch das heiße Wasser aufgelöste Pflanzenleim des Flaches verbreitet einen unangenehmen Geruch und macht den Fußboden schlüpfrig. Zum Schutze gegen die durch die heiße Luft und Risse gegebene Gefahr der Erkrankung infolge Erhaltung müssen unbedingt die im Feinspinnerei Beschäftigten mit wasserdichter Schutzkleidung versehen sein. (Ob diese in allen Spinnereien auch in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt oder ob in Einzelfällen die früher allgemein üblichen Sachleimwandschürzen noch als genügenden Schutz angesehen werden, wäre interessant, einmal festzustellen. D. B.) Zum Schutze gegen Unfälle durch Ausgleiten auf dem schlüpfrigen Boden ist häufiges Aufwischen unbedingt notwendig.

Die Karden der Bergspinnerei sind diejenigen Maschinen der Textilindustrie, welche die meiste Staubentwicklung hervorgerufen. Die jetzt an allen Karden angebrachten Staubabfangvorrichtungen können nicht verhindern, daß in den Karden eine staubgeschwängerte Luft entsteht, die nur durch genügende Ventilation entfernt werden kann. Dies verursacht eine enorme Luftbewegung. Es gilt die verbrauchte und verunreinigte Luft abzuführen und zu reinigen, da sie sonst eine große Verstaubung der Umgebung darstellt. Des weiteren muß frische und ganz besonders im Winter auch angewärmte Luft zugeführt werden. Verschiedentlich sind Versuche gemacht worden, die in den Feinspinnereien überflüssige Heißluft den anderen Spinnereiräumen als frische Warmluft zuzuführen. Das ist unbedingt zu vermeiden, da es sich dabei um verbrauchte und verunreinigte Luft handelt. Zum Schutze gegen Verletzungen bei Bedienung der Karden sind Schutzverkleidungen bei diesen angebracht, die jedoch vielfach noch nicht genügen. Sie müßten durchweg mit Speisevorrichtungen versehen sein, die eine Regelung der Bergspinnerei mit der Hand erlauben. Soweit ein Zugreifen nicht zu umgehen ist, müßte mit eisernen Haken (diese allerdings ohne Ring) gearbeitet werden.

Die Leistungen der Krankenversicherung.

IV. Krankenhauspflege.

An Stelle der Krankenpflege (ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel) und des Krankengeldes kann die Kasse Kur- und Verpflegung in einem Krankenhaus — Krankenhauspflege — gewähren. Krankenhauspflege ist keine Mehrleistung, sondern eine Ersatzleistung, die zu gewähren nicht nach Belieben, sondern dem pflichtmäßigen Ermessen des Kassenvorstandes überlassen bleibt. Lehnt der Kassenvorstand die Gewährung von Krankenhauspflege ab, so kann er im Spruchverfahren nicht zur Gewährung verurteilt werden, weil ein Rechtsanspruch auf Krankenhauspflege nicht besteht. Hat eine Krankenkasse zunächst Krankenhauspflege gewährt, so ist es ihr im allgemeinen unbenommen, jederzeit hiervon abzugehen und sich auf die Leistung von Krankenpflege und Krankengeld zu beschränken. Der Versicherte hat aber in diesem Falle solange Anspruch auf Fortsetzung der Krankenhauspflege, als diese unbedingt notwendig ist, d. h. solange eine Entlassung ohne Gefahr für Leben und Gesundheit nicht erfolgen kann. Ein Versicherter kann wegen seiner gesellschaftlichen Stellung oder aus anderen Gründen nicht verlangen, daß er für Rechnung der Krankenkasse in einer höheren Klasse des Krankenhauses verpflegt wird, wenn die Kasse bestimmungsgemäß nur die Kosten der dritten Klasse trägt. Er muß daher, wenn er sich in eine höhere Klasse aufnehmen läßt, nicht nur die Differenz in den Verpflegungskosten, sondern auch die Kosten der ärztlichen Behandlung bezahlen, wenn diese im Gegensatz zur dritten Klasse besonders berechnet werden.

Zu den Kosten der Krankenhauspflege gehören auch die Kosten der Ueberführung des Kranken ins Krankenhaus. Hat sich die Krankenkasse für Krankenhausbehandlung entschieden, so bleibt es, falls der erkrankte Versicherte einen eigenen Haushalt oder Mitglied des Haushaltes seiner Familie ist, dem Versicherten überlassen, ob er der Einweisung Folge leisten will. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Art der Krankheit eine Behandlung oder Pflege verlangt, die in der Familie des Erkrankten nicht möglich ist, wenn die Krankheit ansteckend ist, wenn der Erkrankte wiederholt der Krankenordnung oder den Anordnungen des behandelnden Arztes zuwidergehandelt hat, oder wenn der Zustand oder das Verhalten des Kranken eine

Der Brief.

Wie vor einem schwarzen, dunklen Tor hatte Frau Klug vor der Zukunft gestanden, als ihr Mann ihr eines Abends die Invalidenkarte auf den Tisch legte. Entlassen, arbeitslos! Wie das traf, wie es alle Pläne und Hoffnungen vernichtete. Und Frau Klug hatte so allerhand Hausfrauen- und Mutterwünsche. Da sollten die Möbel neu gestrichen werden, neulich beim Hausputz waren doch so viele Schrauben und abgegriffene Stellen offenbar geworden. Gardinen und Tischdecke würden sich auch neu viel hübscher ansprechen. Das Töchterchen brauchte Wäsche und Kleidung für die wärmere Jahreszeit, es war so aus allem herausgewachsen. Und ganz, ganz von ferne hatte für sie selbst ein neues Sommerkleid geräht. Das alles war jetzt aus und vorbei. Geizig nahm sie Gerias Sonntagskleidchen aus dem Schrank. Sie würde den Boten schon tiefer ansetzen müssen, und Stoff hatte sie ja noch. Aber wo nur? Sie konnte unter alten Stoffresten und fand endlich auf dem Boden der Schublade das Gesuchte. Darunter aber lag ein Brief, der war vom Kriegsjahr 1916 datiert. Neugierig zog sie ihn hervor, las ihn und schämte. Ja, das war ihre Handschrift, ihr Stil, ihre Redewendungen, aber waren denn das ihre Gedanken? War denn das sie, diese Wohlgenute, Starke? Die trug ja lächelnd das Ungemach der Zeit, kleine frohe Begebenheiten des Tages trug sie wie Sonnenstrahlen zusammen zu einem, den sie liebte und der im Schützengraben lag. Ein Schilling lag in Frau Klug auf, wie sie jener Zeit gedachte. Ja, sie war doch die Schreiberin. All ihr weiches Sehnen, ihr Bangen, ihr häufiges Verzagen von damals machten auf, aber leuchtend und siegreich hatte über allem die Liebe gestanden. Ihr Kind war in jenen schweren Tagen geboren. Allein, fast verlassen war sie gewesen. Es fehlte oft am Nötigsten, besonders

für das zarte Kleine, aber keine Feldpost hat dergleichen ihrem Manne gemeldet. Sie hatte es allein, ohne Murren getragen. Und jetzt, der Schluß jenes Briefes: „Liebster, wenn du nur wiederkehrst! Kein Leid, keine Sorge, kein Schicksalsschlag soll uns trennen. Wie leicht müßte das alles zu tragen sein in Treue und Liebe vereint.“ So hatte sie damals geschrieben, vor zehn Jahren. Und heute? Das Gesicht griff wieder in ihr Leben, ihre Treue zu prüfen. War sie denn schwächer geworden? Tand ihre Seele den hohen Flug des Schicksalsherzogens nicht mehr? Ihr Mann litt ja sichtlich unter der Arbeitslosigkeit. Wortkarg und verschlossen verbrachte er seine Tage. Und wenn dann in sein stummendes Leid ihre Klage klang vom Einschränkennüssen und vom Entbehren, dann pflegte er still seinen Hut vom Haken zu nehmen und zu gehen, planlos, ziellos, oft stundenlang. Frau Klug dachte an den gesundenen Brief und schämte sich. Vierzehn Tage war er nun schon arbeitslos. Heute gab es Unternehmung, und Frau Klug war froh darum. Sie hörte ihn auf der Treppe, und eilig schloß sie den Brief ab. Bald darauf lagen sie beide am Tisch, und Klug sagte seiner Frau die nödtigste Unternehmung hin. Ersterer schien eben ein froher Gedanke zu kommen: „Mann“, sagte sie, „die Verbandsbeiträge die fallen doch jetzt fort?“ „Ja“, war die Entgegnung, „die fallen fort.“ „Aber, warum schämte ich denn so eigen dabei? Das möchte sie schon wieder ängstlich. „Jede Woche das viele Geld“, schimpfte sie, „dafür —“ Für gewerkschaftliche Fragen hatte Frau Klug nie viel Verständnis gezeigt, und ihr Mann hatte sie nie so recht von dem Nutzen und der Notwendigkeit des Verbandslebens überzeugen können. Erpaunt unterbrach sie ihre Rede, denn er entnahm seiner Geldtasche noch einen Funfmarktscheck, dem er noch zwei Mark zufügte. „Hut man die Arbeitslosenunterstützung erhält, und gleich so viel?“ zünderte sie bei.

„Es ist ein Zuschuß dazu seitens des Verbandes“, sagte er kurz. Da stieg ihr das Blut in die Wangen, und sie schämte sich wieder wie eben, als sie den Brief fand. „Siehst du, Frauchen“, lachte er, „so ganz umsonst ist das Beitragszahlen denn doch nicht gemein. Die Höhe der Unternehmung stellt sich nach der Zahl und Höhe der Beiträge. Sei jetzt froh, daß ich schon so lange Mitglied der Gewerkschaft bin. Der Zuschuß ist uns für eine ganze Zeit sicher, und gebrauchen können wir ihn doch, nicht?“ „O, und wie!“ dachte Frau Klug. Ihr Mann aber fuhr fort: „Wenn es eine Lohnverbesserung gab, hast du ja immer gemeint, das wäre auch so gekommen. Es gelang mir nie, dir die Arbeit und Mithilfeleistung der Gewerkschaft nahe zu bringen. Heute siehst du, es war doch nicht alles umsonst.“ Klug das nicht wie Bitterkeit aus der Seele des Mannes? War sie ihm doch nicht Kameradin gewesen? Hatte sie nicht mit ihm getragen, in Liebe und Treue vereint? An andern Tagen suchte sie noch einmal den Kriegsbrief hervor, und von der Stunde an bemühte sich Frau Klug, des Lebens Leid lächelnd zu tragen. Kein Klagegedank klang mehr in ihres Mannes Zummer und trieb ihn hinaus, ziellos, planlos. O, es war oft recht schwer, sich mit dem Benigen einschränken zu müssen, schwerer fast als damals zur Kriegszeit, wo es nichts zu kaufen gab. Aber die kleine Frau suchte allerlei halbovergessene Kriegskünste und Kriegslit hervor, daß aus dem Benigen noch Gutes und Schmachtaffes wurde, das treue Vorsorglichkeit bereitete. Auch ihre Madel feierte. Triumph. Das Kleid des Töchterchens wurde wunderschön. So reichte sich Woche an Woche, jede brachte neue Schwierigkeiten, aber Frau Klug harriete aus. Einmal müßten doch bessere Zeiten kommen, und oft malte sie sich in Gedanken aus, wie gern und froh sie wieder den ersten Verbandsbeitrag leisten werde. M. Sahn.

fortgesetzte Beobachtung erfordern. Ist eine Zustimmung des Kranken nach dem oben Angeführten zur Anstaltsbehandlung nicht nötig, und leistet er der Aufforderung der Kasse keine Folge, so geht der Versicherte für die Dauer der Weigerung, ein Krankenhaus aufzusuchen, seines Anspruchs auf die gesamte Unterstüfung der Kasse verlustig. Das Gleiche tritt ein, und zwar für die Dauer der weiteren Notwendigkeit der Krankenhauspflege, wenn der Versicherte das Krankenhaus vor beendigtem Heilverfahren gegen ärztlichen Rat verläßt oder durch unverantwortliches Verhalten seine Entlassung herbeiführt.

Die Einweisung ins Krankenhaus muß dem Kranken — und zwar verheirateten Kranken unter Angabe des Grundes — bestimmt und deutlich bekannt gemacht werden. Die Einweisung in das Krankenhaus muß vom Kassenvorstand oder dem Kassenvorsitzenden ausgehen, jedoch kann die Satzung darüber Bestimmungen treffen, daß diese Befugnis auch Kassenausschüssen, unter Umständen auch dem behandelnden Arzt eingeräumt wird.

Wo mehrere geeignete Krankenhäuser zur Verfügung stehen, die bereit sind, die Krankenhauspflege zu den gleichen Bedingungen zu übernehmen, soll die Krankenkasse dem Berechtigten die Auswahl unter ihnen überlassen. Die Satzung kann den Vorstand ermächtigen, die Krankenhausbehandlung nur durch bestimmte Krankenhäuser zu gewähren und die Bezahlung anderer Krankenhäuser, von dringenden Fällen abgesehen, abzulehnen.

In der Gewährung von Krankenhauspflege durch die Krankenkassen bestehen Besonderheiten

1. für die in der Landwirtschaft Beschäftigten, für welche durch Satzungsbestimmung der Landkrankenkasse erweiterte Krankenpflege eingeführt werden kann, d. h. es wird der Anspruch auf Krankenhauspflege als Regelleistung für jeden arbeitsunfähigen Erkrankten gewährt. Die Einführung dieser erweiterten Krankenpflege ist jedoch an verschiedene Voraussetzungen geknüpft.

2. Für Hausangestellte (Dienstboten) gilt ebenfalls das zu 1. Gesagte. Auch wo die erweiterte Krankenpflege durch die Satzung nicht eingeführt ist, hat die Krankenkasse sie auf Antrag des Dienstberechtigten oder des Hausgehilfen dem in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Hausgehilfen zu gewähren, wenn die Krankheit ansteckend ist, oder wenn er in der häuslichen Gemeinschaft nicht oder nur unter gewisser Beschäftigung des Dienstberechtigten behandelt oder versorgt werden kann.

V. Hausgeld.

Wird Krankenhauspflege einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist daneben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Gewährt eine Kasse also Krankenhauspflege, so muß sie dem Versicherten, wenn er bisher Angehörige von seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, Hausgeld zahlen. Voraussetzung ist aber, daß der Versicherte die Angehörigen ganz oder überwiegend unterstüft hat.

Als überwiegende Unterstüfung hat die Rechtspredung nur angesehen, wenn der Versicherte mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für seine Angehörigen getragen hat. Er muß dies bisher getan haben, also bis unmittelbar vor seiner Erkrankung und muß weiter den Unterhalt aus dem Arbeitsverdienst bestreiten haben. Erwerbstätigenunterstüfung ist kein Arbeitsverdienst. Das Hausgeld beträgt als Regelleistung die Hälfte des Krankengeldes. Es kann als Mehrleistung durch die Satzung bis zu dem Betrage des gesetzlichen Krankengeldes erhöht werden.

Als weitere jahungsmäßige Mehrleistung ist ferner ein Krankengeld (Taschengeld) an solche Versicherte vorgesehen, welche Krankenhauspflege erhalten, die aber keine Angehörigen aus ihrem Arbeitsverdienst unterhalten und mithin keinen Anspruch auf Hausgeld haben. Das Taschengeld kann bis zur Höhe des halben gesetzlichen Krankengeldes festgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der Krankenhauspflege ist noch die Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger im Hause des Erkrankten zu erwähnen. Diese Krankenpflege ist eine Mehrleistung, die mit Zustimmung des Versicherten namentlich dann eintritt, wenn die Aufnahme in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. Durch Satzungsbestimmung kann für diese Pflege bis zu einem Viertel des Krankengeldes abgezogen werden. Weiter ist in Verbindung mit der Krankenhauspflege noch zu erwähnen, daß als Mehrleistung durch die Kassenunterstützung für die Pflege von Genesenden, namentlich durch Unterbringung in Genesungsheimen, bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe, eingeführt werden kann.

VI. Wo können die Leistungen der Krankenkasse in Anspruch genommen werden?

Barleistungen.

Die Barleistungen, mit Ausnahme des Sterbegeldes, werden mit Ablauf jeder Woche ausgezahlt. Die Bezugsberechtigten sind in der Regel zur Abholung der Barleistungen verpflichtet, doch darf im Einzelfall einem Versicherten die Befriedigung seines Anspruches nicht ungebührlich erschwert oder gar völlig vereitelt werden. Eine Krankenkasse kann daher die Ueberstüfung der Barleistungen auf Gefahr und Kosten des Empfängers nicht verweigern, wenn die ihr dadurch verursachte Mühe in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an Zeit und Kosten steht, die dem Versicherten durch Abholung des Geldes erwachsen würden.

Schwieriger ist diese Frage bei den

Sachleistungen.

Wo ist hier der Erfüllungsort? Die Verpflichtung der Krankenkasse, die in der Regel mit Ausnahme von Betriebskrankenkassen örtlich begrenzte Einrichtungen sind, zur Bewirkung der Krankenpflege, ist räumlich beschränkt, und ist als Erfüllungsort dieser Leistungen im allgemeinen nur der Kassenzentrale anzusehen. Ein Ort außerhalb dieses Bezirkes ist nur dann Erfüllungsort, wenn er der Beschäftigungs- oder Wohnort des Berechtigten ist. Beschäftigungsort und Kassenzentrale wird in der Regel zusammenfallen. Eine Unterscheidung kann jedoch eintreten, wenn der Versicherte vorübergehend auswärts, z. B. auf Montage, beschäftigt wird. In diesem Falle ist der Beschäftigungsort ebenfalls Erfüllungsort, d. h. erkrankt der Versicherte hier, so muß ihm die Krankenkasse an diesem Ort Krankenhilfe gewähren. Wohnort der Versicherte nicht an seinem Beschäftigungsort, so ist auch der Wohnort Erfüllungsort, ohne Rücksicht darauf, ob er innerhalb oder außerhalb des Kassenzentralbezirkes liegt. Hat der Versicherte mehrere Wohnorte, z. B. am Beschäftigungsort und an einem anderen Ort, so müssen ihm auf Verlangen an jedem von ihnen die Sachleistungen gewährt werden. Ein solcher doppelter Wohnort liegt z. B. vor, wenn der Versicherte die Woche über an einem Orte arbeitet, wo er eine Schlafstelle hat, über Sonntag aber regelmäßig zu seiner Familie zurückkehrt. In solchen Fällen hat der Versicherte die Wahl, an welchem Orte er die Leistungen der Krankenkasse in Anspruch nehmen will. An dem einmal gewählten Erfüllungsort ist der Berechtigte aber dann solange gebunden, als nicht besondere Umstände den Wechsel des Erfüllungsortes rechtfertigen. Hat ein erkrankter Versichelter z. B. an seinem Beschäftigungsort, wo er eine Schlafstelle hat, Krankenhauspflege in Anspruch genommen, so kann er die weitere Gewährung der Krankenpflege an seinem außerhalb des Kassenzentralbezirkes gelegenen Wohnort jedenfalls dann verlangen, wenn auf einen Heilerfolg am Beschäftigungsort nicht gerechnet werden kann und ein weiteres Verweilen dort für den Versicherten mit Gefahr für Leib und Leben verknüpft ist.

Diese Befugnis besteht aber nicht, wenn und solange der Wechsel des Erfüllungsortes eine Umgehung der von der Kasse nach Eintritt des Versicherungsfalles am Beschäftigungsort bereitgestellten Krankenpflege bedeuten würde. Sie besteht ebenfalls nicht, wenn der Versicherte nicht der Art und der Bedürfnisse seiner Krankheit wegen, sondern lediglich aus Rücksicht auf seine Familie sich entfernt hat.

In dringenden Fällen gilt jedoch jeder Ort außerhalb des Kassenzentralbezirkes als Erfüllungsort, wenn der Versicherte während eines vorübergehenden Aufenthaltes dort erkrankt, also nicht in der Lage ist, die Leistungen an seinem regelmäßigen Wohn- oder Beschäftigungsort zu empfangen.

Hat die Krankenkasse einen Erkrankten nach außerhalb erlaubt, so übernimmt sie damit noch nicht die Verpflichtung, die ärztliche Behandlung außerhalb des Erfüllungsortes zu gewähren, sondern es wird dadurch nur eine einmalige Befreiung wegen Vergehens gegen die Krankenordnung ausgeschlossen.

Verläßt der Versicherte ohne Genehmigung der Kasse den Kassenzentralbezirk während der Erkrankung, so verliert er den Anspruch auf Krankenpflege (nicht auf Krankengeld).

Späte Einsicht.

Einer unserer Angestellten aus Bayern erhielt unter dem 15. April ds. Js. aus einem Ort, wo die Leute aus dem Verbandsausgetreten waren, untenstehenden Brief, der tatsächlich ein Schrei nach dem Verbandsrat ist:

„Werter Herr! Nachdem wir nun ein Vierteljahr lang ohne Verband gewirksam sind, bitten wir Sie dringend, sich unser doch wieder anzuschließen. Wir sind in großem Wirrwarr und wissen uns allein nicht mehr zu helfen. Alles nimmt wieder seine Zuflucht zum Verbandsrat. Darum bitten wir auch, daß Sie uns beistehen und uns jetzt helfen. Es treten sämtliche Weberinnen der Organisation wieder bei und versprechen ebenso, in Zukunft treu zu bleiben.“

Unser Arbeitgeber will Akkordlohn in der Weberlei einführen. Er hat hierzu einen Herrn eingestellt, der ganz auf seiner Seite ist. An sich haben wir gegen den Akkordlohn nichts einzuwenden. Die Berechnung ist aber hier so gestellt, daß wir unmöglich mehr als 2.— M am Tage verdienen können.“

In dem Briefe werden dann die Verhältnisse im Betriebe geschildert und wird darauf hingewiesen, daß das Fortbleiben einzelner Personen nicht zum Erfolg geführt hat. Die Schreiber des Briefes bitten den Verbandsausgetretenen dringend, baldmöglichst sich der Angelegenheit anzunehmen.

Der Brief spricht für sich und zeigt deutlich, wie unsinnig es gewesen ist, daß Arbeitnehmer hier leichtsinnig die Organisation preisgegeben haben. Wie es mit der Treue dieser Mitglieder zum Verbandsrat aussieht, wenn die Dinge einmal wieder eingetrudelt sind, läßt sich nicht voraussagen. Sicherlich ist aber die Gefahr, die den Arbeitern droht, eine recht verhängnisvolle. Es will fast so scheinen, als wenn weite Kreise der Arbeiterschaft erst durch das brutale Gewaltregiment der Arbeitgeber kuriert werden könnten.

Ein weiterer Beitrag zu demselben Kapitel liefert uns der Leiter unseres Kölner Sekretariatsbezirks. Er hat an die Ortsgruppen seines Bezirkes folgendes Rundschreiben verschickt:

Trotz des so kommen? Im Jahre 1924 sind viele Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen jenen Schwärzern gefolgt, die vom Verbandsrat der Gewerkschaften redeten und sogar großmäulig den Organisationen „Arbeitererrat“ zuwarfen.

Trotzdem viele Arbeitnehmer den Organisationen den Rücken kehreten, arbeiteten diese unverdrossen weiter, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. So liegt z. B. der Hilfsarbeiterlohn in dieser Zeit von 41 auf 54 Pf., der Lohn für die Hausarbeiterinnen von 31 auf 41 Pf. pro Stunde. Nachdem nun ganze Belegschaften unorganisiert sind, folgt seitens der Arbeitgeber jetzt die „Belohnung.“

Die Firma Kampf & Spindler hat sich von ihrer Belegschaft in Badmberg und Hilden, von Arbeitern sowohl, als auch von Angestellten bescheiden lassen, daß diese mit einem Lohnabzug von 15 Prozent einverstanden sind. Der Lohnabbau wurde, weil keine Gewerkschaften eingriffen, durchgeführt.

Die Firma Becker & Lehmann, Urdenbach, hat die Löhne um 20 bis 30 Prozent gekürzt. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes war bisher unorganisiert.

Die Firma Becker & Bernhards, Langensfeld, hat, nachdem sie die Arbeitszeit unter 33 Stunden herabsetzte, für die Bezugsberechtigten nicht die tariflich gewährleistete Verdoppelung der Familienzulage ausgezahlt.

Wie es in manchen anderen Betrieben mit der Handhabung der Akkordbestimmungen aussieht, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Arbeiter, merkt ihr was?

Seht ihr jetzt ein, daß jene euch betrogen und ohnmächtig gemacht haben, die immer von der Nutzlosigkeit der Gewerkschaften redeten? Was haben nun jene davon, welche den Verbandsbeitrag sparen wollten? In einigen Wochen hatten sie mehr Verluste durch den Lohnabzug, als sie in zwei Jahren an Verbandsbeitrag bezahlt hätten. Soll es vorwärts gehen mit der Arbeiterschaft, dann kann nur eines helfen: Einigkeit und Geschlossenheit! Seid opferbereit, seht euch selbst mit ein und organisiert euch heute noch im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Arbeitgebergewissen.

Unter dieser Ueberschrift brachte unser Organ in der Nr. 15 einige Bemerkungen zu Äußerungen des Betriebsleiters Paul Köster der Firma S. Wieland in Schömberg in Schlesien.

Durch unsere Ausführungen fühlt sich der Herr Betriebsleiter schwer gekränkt in seiner Ehre. Beschwerdeführend hat er sich an seine Organisation, Werkmeisterverband Düsseldorf, gewandt. Der Geschäftsführer genannter Organisation, Herr Otto Hermann, Görlich, verlangt nun eine Berichtigung, da die Äußerungen des Herrn Köster nur scherzhaft gemeint gewesen seien. Ein Spott gegenüber der Not der Arbeiterschaft habe Herrn Köster vollkommen ferngelegen.

Wieder Herr Hermann! Die scherzhaft gemeinten Äußerungen so mancher der Herrn Betriebsleiter werden nicht nur uns, sondern auch Ihnen wohl zur Genüge bekannt sein. Ob Herr Köster seine Äußerungen nur scherzhaft getan hat, möchte man nach den eingegangenen Informationen doch stark bezweifeln. Zudem dürfte es vollkommen unangebracht sein, sich auch nur scherzhaft über die Not der Kernsten der Arnen zu äußern. Scherz machen über die Not gerade der produktiv tätigen Arbeiterschaft ist nicht nur ein ganz billiges Vergnügen, sondern zeigt auch nicht von einem Mitfühlen mit den sozial bedrücktesten unserer Volksgenossen. Wie gerade der Werkmeister-Verband Düsseldorf mitbewußt ist, das Los der Arbeiterschaft mitzubessern zu helfen, zeigt folgendes Vorkommnis:

Am 30. 11. 25 hatte die Gewerbeaufsichtsbehörde die beteiligten Organisationen zu einer Stilllegungsverhandlung bei der Firma Schlef, Textilwerke Methner & Frahn & Co. Abtlg. Schömberg geladen. Als Vertreter des Werkmeisterverbandes, Eich Düsseldorf, war Herr Otto Hermann, Geschäftsführer in Görlich, zu den Verhandlungen erschienen. Der Betrieb sollte am 30. 12. 25 stillgelegt werden. Die Firma, vertreten durch Generaldirektor Dr. S. H. Frahn und durch Herrn Direktor Schöge, war der Meinung, daß würde die Arbeiterschaft einer Lohnreduzierung zustimmen, die Möglichkeit bestünde, den Betrieb noch einige Monate weiter aufrecht erhalten zu können. Es war nicht das erste Mal, daß man ein derartiges

Anfinnen an die Arbeiterschaft stellte. Die Unrentabilität des Betriebes konnte ja nur an den „hohen“, für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes untragbaren Löhnen liegen. Dieses Anfinnen mußten wir, selbst gegen den Willen des größten Prozentstückes unserer in Schömberg organisierten Arbeiter ablehnen. Am gleichen Tage wurde uns noch Mitteilung, daß Herr Hermann für die Werkmeister der Firma bereit sei, einer Reduzierung von 15 Prozent stattzugeben. Es besteht ja die Möglichkeit, wir wollen das nicht von der Hand weisen, daß auch diese Bereitwilligkeit der Firma gegenüber nur scherzhaft gemeint gewesen ist.

Die Scherze, die man mit der Not des Volkes macht, scheinen hier in Schlesien überhaupt so an der Tagesordnung zu sein, ganz besonders auf Seiten der Sozialdemokratie. So fand z. B. am 20. 2. 25 eine Sitzung der Preisprüfungskommission in Landeshut statt, um zu der Gestaltung der Milchpreise Stellung zu nehmen.

Die Schlesische Bergmacht (Soz.) brachte über diese Sitzung in der Nummer vom 23. 2. 25 nachfolgenden Bericht:

„Die Faschingszeit ist da!“ Darum hält es wohl der Leiter der Preisprüfungskommission (Herr Bürgermeister Fehner, Landeshut (Soz.)) für angebracht, nach rheinischem Muster einige Karnevallfahrten abzuhalten. Waren es vor wenigen Tagen die Fleischpreise, die man herabschneiden wollte, so war es diesmal der Milchpreis von 30 Pf., den man als Thema für die Abendunterhaltung gewählt hatte. Auch diesmal war das Ergebnis ein ganz problematisches. Die Landwirte stellten fest, daß die Futtermittel um 100 Prozent höher als im Frieden seien und bei einer Senkung der Milchpreise die Kühe erklärt hätten, dann nicht mehr soviel Milch liefern zu können. Die Landwirte aus den Sinterdörfern, die bekanntlich ihre Milch auf stundenweiten Wegen zu Wagen nach hier bringen, können deshalb jedenfalls die Milch noch zwei, ja vier Pfennig billiger verkaufen wie die Landeshuter Landwirte! Von seiten der Verbraucher war es nur der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der den Zweck der Veranstaltung noch nicht richtig erkannt hatte und darum als einziger das Wort nahm und glaubte, durch Rede irgend etwas zu erreichen. Die schnobdrige Antwort der Landwirte, er solle sich doch mal eine Milchviehherde zulegen, schien ihn über den Charakter der jetzigen Leitung des Landbundes noch nicht aufgeklärt zu haben, denn er versuchte nochmals, seine Argumente vorzubringen. Die Erwiderung darauf dürfte ihn dann bestimmt zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß unsere Landwirte bis zur nächsten Osterbeichte samt und sonders verhungert sind. Und damit wäre dann ja auch die Milchfrage für uns erledigt. Selb!“

So urteilt eine sozialistische Zeitung über ihre eigenen Parteimitglieder und zwar über solche, die im öffentlichen Leben mit an führender Stelle stehen.

Der in der Sitzung der Preisprüfungskommission mit anwesend gewesene Parteisekretär der Sozialisten fand es nicht für notwendig, sich für die notleidende Arbeiterschaft zu verwenden, denn es ist mir nicht einmütig, daß der Herr auch nur mit einem Satz gesprochen hätte. Hier kann man zu der Auffassung kommen, daß auch Führer der sozialistischen Partei die Not der Bevölkerung nur „scherzhaft“ auffassen.

Hoffentlich steht die schlesische Arbeiterschaft bald selbst ein, wie ihre Interessen mancherorts von gewisser Seite „vertreten“ werden.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

5 Prozent Lohnabzug genügen den Arbeitgebern nicht.

Für die Bedburger Wollindustrie sind die Lohnstreitigkeiten von dem Schlichter in Köln durch eine Vereinbarung beigelegt worden. Der Stundenlohn beträgt für vollwertige Arbeiter in Zukunft 54 S plus 20 Prozent Mindestverdienst im Durchschnitt der jeweils letzten vier Lohnwochen. Für neue Artikel beträgt der Akkordlohn 54 S plus 15 Prozent. Der Akkordverdienst wirkt sich nach oben frei aus.

Der reine Stundenlohn beträgt in der Spitze nach wie vor 56 S, im übrigen verbleibt es bei den Lohnsätzen vom 16. 10. 1925. Die getroffene Lohnregelung gilt bis zum 1. 9. 1926.

Die Werkleitung erklärt, daß der Einspruch gegen die unlangst erfolgte Kündigung von 18 Arbeitern rechtzeitig eingereicht ist. Vorstehende Regelung ist als Uebergangsregelung gedacht.

Für Westfalen war seitens der Arbeitgeber die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 19. 4. 1926 beim Reichsarbeitsministe beantragt worden. Der Reichsarbeitsminister hat die strittige Frage an den sächsischen Landeschlichter zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen. Dieser fällte nachstehenden neuen Schiedspruch:

- 1. Die tariflich festgesetzten Grundlöhne aller Tarifverträge, die zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie einerseits, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband, Gau Freistaat Sachsen und Gera, sowie dem Verband der Maschinisten und Heizer, dem Gewerkschaften der Textilarbeiter, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband zum 9. April 1926 gekündigt waren, werden mit Wirkung vom 10. April 1926 wieder in Kraft gesetzt.
2. Diese Lohnregelung ist erstmalig mit einmonatiger Kündigungsfrist zum 31. Dezember 1926 kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so läuft die Lohnregelung mit gleicher Kündigungsfrist jeweils um zwei Monate weiter.

Der „Vorwärts“ behauptet, daß dieser Schiedspruch dem Arbeitnehmerstandpunkt insofern Rechnung trägt, als er unter ausdrücklicher Begünstigung des Hinweises auf die Mantelbestimmungen nicht zuläßt, daß die Unternehmer willkürlich die Akkordsätze heruntersetzen.

Nordbayern. Für die Leonische Industrie in Weizburg und Koth ist am 14. Mai ein Schiedspruch gefallt worden, wonach die Frauenlöhne um 5 Prozent abgebaut werden. Den Arbeitgebern geht dieser Lohnabbau nicht weit genug. Diese lehnten zunächst einmal diesen Schiedspruch ab und nahmen nun ihrerseits Lohnkürzungen vor, die bei den Zeitlöhnern 12 Prozent und bei den Akkordarbeitern 17 Prozent betragen. Die Arbeiterschaft ist über das Vorgehen der Arbeitgeber sehr erbittert. Auch seitens der Arbeiterschaft ist der Schiedspruch abgelehnt worden. Bei der entscheidenden Abstimmung über Annahme oder Ablehnung stimmten 5 Arbeiter für die Annahme und 202 für die Ablehnung. Der 26. Mai ist der letzte Tag zur Abgabe der Erklärung über Annahme oder Ablehnung. Wenn es zu ersteren Differenzen kommen sollte, dann haben die Arbeitgeber dafür die Verantwortung zu tragen.

Die Lohnverhandlungen für die südbayerische und nordbayerische Textilindustrie, sowie für Württemberg und Hohenzollern sind gescheitert. In Nordbayern ließen die Arbeitgeber durchblicken, daß sie auch mit einem Lohnabbau zufrieden wären, der weniger als 8 Prozent beträgt. Auch hier wird der Landeschlichter die Entscheidung treffen müssen.

Allgemeine Rundschau.

Textilarbeiter-Glend.

In der Nummer 21 vom 22. Mai 1926 unserer Textilarbeiterzeitung schildert ein Familienvater aus Baden „Gedanken nach der Reichsgesundheitswoche“, die der größten Beachtung wert sind. Ein weiterer Beitrag soll hier aus dem bayrischen Allgäu stammenden Jümmenstadt folgen:

Sitzung des Stadtrates Jümmenstadt, Stadtratsitzung am 7. Mai 1926: „Die Kinderpeisung, vom 3. Mai beginnend bis zum Beginn der Sommerferien, etwa Mitte Juli, wird wieder genehmigt. Ursprünglich hatten sich 240 Kinder gemeldet, es sind aber noch 61 Nachnennungen erfolgt, das sind 50 Prozent der

2. St. hier vorhandenen Schulförder. Diese davon seien in einer Verfassung, die wohl die Speisung brauchen würden. Gegen Bezahlung hätten acht Mahlzeiten vorgelegt. Aus der Mitte des Glabrates werden zweifelhafte, ob gerade alle Kinder der Speisung bedürftig sind, und ob nicht auch in verschiedenen Fällen die Bequemlichkeit der Eltern die Schülerspeisung als willkommenen Anlaß betrachten, die Kinder einfach dieser wohlthätigen Einrichtung zuzuführen. Eine Nachprüfung dürfte deshalb nicht schaden. Früher ist man doch auch ohne diese Schülerspeisung zurechtgekommen. Mit der Vermehrung der Teilnehmer mühe doch auch eine Störung des Unterrichts verbunden sein. Von anderer Seite wird jedoch darauf verwiesen, daß die angemeldeten Kinder von arbeitsloser Seite zur Speisung vorgeschlagen wurden. Es wird auch die teilweise Aufnahme von Roggenbrot in die Speisung vorgeschlagen, statt ausschließlich Weizenbrot zu verabreichen. Schließlich werden 3000 Mark für die Kinderspeisung genehmigt. Die Schülerlisten sollen durchgesehen und durch den Schulausschuß geprüft werden.

Sind das nicht erschreckende Zahlen? Diese Kinder dürften sich fast ausschließlich von Textilarbeitern zusammensetzen. Immanstadt beherbergt ein Viertel Textilarbeiter seiner Einwohnerzahl.

6,94 Mark Pension nach 35 Dienstjahren.

Wie notwendig es ist, in der Frage „Aufwertung der Werkspensionskasse“ zu positiven Ergebnissen zu kommen, ergibt unten folgende wahrheitsgetreue Abschritt einer Monatsabrechnung, die ein bekannter Großindustriekonzern einem im Dienste ergrauten Werkmeister, der vor einigen Wochen „im Interesse des Betriebes“ pensioniert wurde, zukommen ließ.

Miete per April	14.10 M
Lichtstrom	1.20 M
Sterbegeld-Umlage	3.20 M
Kohlen	7.80 M
Krankengeld, Beitrag pr. April	3.15 M
	29.45 M
Pension pr. Mai	6.94 M
	noch zu zahlen 22.51 M

Hierzu ist zu bemerken, daß der Werkmeister E. seit dem 1. September 1899 in gleicher Stellung beim gleichen Werke tätig war. Während dieser Zeit hat derselbe rund 2000 Goldmark als Beiträge zur Werkspensionskasse geleistet. Für diese eigens aufbewahrte Beitragssumme erhält nun dieser Werkmeister, der insgesamt über 35 Jahre im Dienste des Werkes stand, die wahrhaft fürstliche Pension von — 6,94 Rentenmark (in Worten: sechs Mark und 94 Pfennig). — Zieht man den Betrag für die vom Werk bezogenen Kohlen ab, so hat er also je Monat für Miete, Licht usw. einen Gesamtbetrag von 14,71 Mark an das Werk zu zahlen.

Der Zweck der Arbeit muß das Gemeinwohl sein, so dachte auch dieser Werkmeister einmal und stellte dann jahrzehntelang seine Kraft dem Unternehmen zur Verfügung. Wäre es nicht recht und billig, wenn man diesem Arbeitskämpfer, in Berücksichtigung seiner treu geleisteten Dienste, die in der Abrechnung aufgeführten Abzüge erläßt und hier zeigt sich der krafftlose Materialismus eines jeder sozialen Regung baren Unternehmers. Einige Abgeordnete haben Schritte unternommen, um diesem Unrecht zu steuern. Hoffentlich folgt dieser Initiative bald eine entsprechende Tat, damit die Werkspensioäre der größten Not enthaben werden.

Aus unseren Verbandsbezirken.

Sekretariatsbezirk Kempten (Allgäu).

Gegen den geplanten Abbau des bayerischen Sozialministeriums hat sich eine Konferenz unseres Bezirkes mit aller Entschiedenheit in nachfolgender Entschlieung ausgesprochen:

Die Konferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Sekretariatsbezirk Kempten-Allgäu, stattgefunden zu Immenstadt am 1. Mai 1926, befahte sich u. a. auch mit der Frage der Sparmaßnahmen der bayerischen Regierung.

Allenthalben geht das Gerücht, daß auch das Ministerium für soziale Fürsorge abgebaut werden soll. Mit dieser Absicht könnte sich die christlich organisierte Textilarbeiterschaft keineswegs einverstanden erklären. Ohne dies aller rechtlich öffentlichen Vertretung bar, können wir es nicht zugeben, daß auch noch das Sozialministerium ausgenommen werden soll.

Die Aufgaben des Sozialministeriums sind so vielseitig, daß seine Beseitigung die größten wirtschaftlichen Schäden heraufbeschwören müßte.

Gerade die Textilarbeiterschaft bedarf ganz besonderen Schutzes durch den Staat. In keinem Erwerbszweig kommt die Willkür der Unternehmer so kräftig zum Ausdruck, wie in der Textilindustrie. Zur Zeit wird wieder die Not der Textilarbeiter in einer Art und Weise auszunutzen versucht, die jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht. Ein Lohnabbau von 8—10 Prozent wird gefordert.

Angeichts der traurigen Lage der Arbeiterschaft überhaupt erhebt die Konferenz scharfen Protest gegen den Abbau des Sozialministeriums.

Die Konferenz ist sich einig mit der in München am 27. März 1926 stattgefundenen Vertreterkonferenz der christlichen Gewerkschaften Bayerns und schließt sich der dort gefaßten Entschlieung schlußendlich an.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Düren. Eine schöne Beisefunde bereitete der Vorstand der Ortsgruppe Düren seinen Mitgliedern am Sonntag, den 2. Mai. Galt es doch einmal ein herzliches Dankeswort zu sagen den alten, kummerproben, treuen Mitarbeitern, die 25 und mehr Jahre Mitglied unseres Verbandes sind, dann aber auch dem Kollegen S a u r e n, der an einen anderen Posten außerhalb des Verbandes gerufen wurde, einen Freundschaftsgruß mit auf den Weg in seinen neuen Wirkungskreis zu geben. Über 100 Jubilare waren im Gewerkschaftshaus im Kreise vieler Mitglieder versammelt. Kollege Saurer sprach herzliche Worte innigen Dankes der Zentrale und der Bezirksleitung, insbesondere aber seinem Mitarbeiter und den Kollegen der Ortsgruppe. Ein harmonisches Freundschaftsverhältnis verband die Kollegen untereinander. Lehterem ist es zu verdanken, daß sich der christliche Textilarbeiterverband im Kreise Düren zur Parke und machtvollen Organisation entwickelte. Daß unser Verband weiter erstärke und wachse sei sein liebstes Wunsch. Alsdann erledigte Kollege Saurer sich der Ehrenpflicht, den Jubilaren das von der Zentrale gestiftete Ehrendiplom zu überreichen. Er wies auf den tiefen Sinn des Diplomes hin, in dessen Mitte das Textilarbeiterzeichen, das Spinnrad stehe. Darüber aber das Kreuz als das Symbol des Christen, und den Adler als ein Zeichen deutscher Treue. In diesen drei Zeichen sei der Verband gegründet worden, und in diesen Zeichen haben die Jubilare gearbeitet, gekämpft, gestritten und auch gesiegt, — und, daß die christliche Textilarbeiterschaft den Aufstieg in nicht zu ferner Zeit erringe. Hier auf richtete Kollege S i e n seitens der Jubilare in humorvoller Weise herzliche Dankesworte an den Vorstand und gelobte Treue bis ins Graß. — Alsdann gab der Bezirksleiter W e b e r, nach in kraftvollen Worten einen Rückblick in die Vergangenheit, um den Anwesenden noch einmal die herrliche deutsche Treue der Pioniere unserer Bewegung zu zeigen. Daran anschließend gab der Redner einen Ausblick in die Zukunftsaufgaben, deren Haupt-

merkmale sein müßte: unermüdete Kleinarbeit, ruhige Besonnenheit und feste Fleißtreue.

Ein stilles Gebeden widmeten die Anwesenden den verstorbenen Kollegen, insbesondere aber den im Weltkrieg in Nord und Ost und West für uns Gefallenen.

Nachdem die Kollegen W i l l s t e i n und S t r i e m dem Ortsgruppenvorstande, insbesondere aber dem Kollegen Saurer ein Dankeswort gesprochen, schloß Kollege D a m m e r s die anregend verlaufene Versammlung. — In der Vorstandswahl wurde Kollege S t r i e m einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Ps.

Illpingsdorf. Am 2. Mai feierte die hiesige Ortsgruppe unseres Verbandes ihr 20-jähriges Bestehen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Von Nah und Fern waren die Gründer zum frohen Wiederseh'n herbeigeeilt. Die Gemeindevertretung, sowie der hochw. Herr P. Mattig als Vertreter der Geistlichkeit, und die Ortsgruppen Seitendorf, Zittau, Großschönau und Leutersdorf beehrten die Jubelgruppe mit ihrem Besuche. Die Ehrung der Gründer vollzog in eindrucksvoller Form der Vorsitzende, Kollege J ä n t s c h, durch Ueberreichung einer Nadel des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Hoffen wir, daß sie dies wohlverdiente Zeichen der Liebe und Anerkennung noch viele Jahre mit Gesundheit und Frische tragen.

Im Mittelpunkt des Festprogramms stand ein Theaterstück und die Festsprache. Das Theaterstück „Säet Liebe“ zeigte so recht, was ein Arbeiter ohne Verband bedeutet, wenn er beim Arbeitgeber um gerechten Lohn bittet.

Die Festsprache hielt Kollege T r e p t e, Schirgiswalde. Ausgehend von der Entstehungsgeschichte der Gruppe verstand er es, die großen wirtschaftlichen und kulturellen Ziele unserer christlichen Arbeiterbewegung in den Vordergrund zu stellen. Mit einem warmen Appell an die Festversammlung forderte er diese zur Mitarbeit auf für die Standwerdung der Arbeiterschaft. Der reiche Beifall bewies, daß die Anwesenden von neuem dem Verbande die Treue gelobten.

Nach dem Festprogramm kam auch das Vergnügen in seine Rechte. Nach einigen Stunden fröhlichen Beisammenseins schloß der Vorsitzende die schöne, schlichte Feier.

An dieser Stelle allen Mitwirkenden, sowie den Gründern nochmals herzlichen Dank. Möge all die Arbeit gegenbringend für die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung wirken.

Weberwerk.

Was tut der Weber?
Schafft Großes aus Kleinem,
Wickt wirres Gewirrt!

Zu Lude, gar feinem,
Er bindet zum Ganzen
Die Fäden zusammen;
Läßt formlos Gewäussem
Die Schönheit entstammen.
Ein jedes zu größerem Zwecke,
Zwingt er mit ordnendem Sinn
Und führt es mit sicheren Händen
Zu edler Vollendung hin.

Mensch, wer du auch bist, sei Weber,
Sei Weber zuerst an dir;
Auch Weber in Welt und Leben
Zu Ergehen und Göttern für und für.
Georg Rosenthal.

Neumünster. Von unserem Silberjubiläum. Am 17. Februar 1926 waren es 25 Jahre, daß sich im hohen Norden unseres Vaterlandes, dort zwischen Nord- und Ostsee, in der Tuchindustrie-Stadt Neumünster die christl. Textilarbeiter eine Organisation schufen. Sie suchten und fanden Anschluß an die christlich organisierten Textilarbeiter des westfälischen Münsterlandes. Obwohl die Entfernung vom Sitz des westfälischen Verbandes mehr wie 400 Kilometer betrug, wurde die Verbindung doch sofort aufgenommen und ständig praktisch aufrecht erhalten.

Jahrelang bildete Neumünster zusammen mit Schiffbeck die einzigen Gruppen unseres Verbandes im hohen Norden.

Ein besonders steiniger Boden muß hier von unseren Kollegen und Kolleginnen bearbeitet werden. Dabei sind sie sehr stark auf sich selbst angewiesen. Vom Sitz des Bezirkes (Gannover) mehr wie 250 Kilometer entfernt, muß Neumünster sich meistens selbst helfen. Es war ein Glück für die Ortsgruppe, daß sich stets genügend Mitarbeiter fanden, um die Arbeiten und die Agitation für die Ortsgruppe zu übernehmen. Schwere Kämpfe um ihre Anerkennung als Interessvertretung der christlichen Textilarbeiter und Terrorfälle sind der Ortsgruppe nicht erspart geblieben.

Trotzdem hat die Ortsgruppe sich gut gehalten und zählt heute bei der sehr stark sich auswirkenden wirtschaftlichen Krise noch weit über 200 Mitglieder.

Am 9. Mai wurde das Fest des 25-jährigen Bestehens der christlichen Organisation am Orte gefeiert. Unser alvertrautes Versammlungslokal konnte die große Zahl der erschienenen Ehrengäste, Jubilare und Mitglieder nebst Familienangehörigen kaum fassen.

Die Leitung des Festes lag in den Händen des 2. Ortsgruppenvorsitzenden, Kollegen S c h m i d t. Er begrüßte die Erschienenen und gedachte mit ehrenden Worten der verstorbenen Mitglieder der Ortsgruppe. Nachdem eine Kollegin einen stimmungsvollen Prolog zum Vortrag gebracht hatte, erhielt das Wort zur Festsprache der frühere Ortsgruppenvorsitzende, jetzige Reichstagsabgeordnete, Kollege F u k e-Helligenstadt. In längerem Vortrage behandelte der Kollege die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im Staats- und Wirtschaftsleben.

Die Ehrung der Jubilare erfolgte durch den Bezirksleiter, Kollegen L e n i n g-Gannover. Derselbe überbrachte zunächst die Glückwünsche der Verbandsleitung an Ortsgruppe und Jubilare. In ausführender Weise legte er dann die wirtschaftlichen und sozialen Zustände, wie sie z. Bt. der Gründung der Ortsgruppe bestanden, dar. Der Vergleich mit den neuzeitlichen Verhältnissen zeigte, wie auf sozialem und rechtlichem Gebiete große Fortschritte zu verzeichnen sind. Er ermahnte die Jugend, sich die alten Kämpfe zum Vorbild zu nehmen und überreichte allen Jubilaren als Anerkennung für ihre bewährte Treue gegenüber dem Verband Ehrennadel und Ehrendiplome.

Ramens der Ehrengäste sprach Herr Pfarrer K ü n s t e r. Er erinnerte daran, daß die führenden Mitglieder der Organisation und die Jubilare der Ortsgruppe stets die besten Mitarbeiter in den sozialen Unterrichtskursen gewesen seien. Mit den konfessionellen Vereinen sei stets bestes Gefühl gehalten. Auch er begrüßte die Jubilare zu ihrer Gewerkschaftstreue.

In Ramen der Jubilare dankte der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege K a m i n s k i. Er versprach, daß alle Jubilare in allgemäßer Weise auch in Zukunft für den Verband arbeiten würden.

Wappvorträge, gemeinschaftliche Lieder und kleine theatralische Darbietungen füllten den Abend sehr behaglich aus.

Neusalz Ober. Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens unseres Verbandes veranstaltete unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 25. April, eine Jubiläumsfeier, welche gleichzeitig als Werbeabend dienen sollte. Trotz des wundervollen Frühlingstages war der große Saal in den Reichshallen gut besetzt. Als liebe Gäste waren anwesend die hochw. Geistlichkeit beider Konfessionen, Herr Bürgermeister Grüttner aus Deutsch-Wartenberg, die Vorstände mehrerer konfessioneller Vereine, sowie die Mitglieder unserer christlichen Bruderverbände. Sogar aus der Ob- und Traubenstadt Grünberg war eine stattliche Anzahl Kollegen und Kollegen herüber gekommen, um an unserer Feier teilzunehmen.

Daß der Gewerkschaftsgedanke nicht im Absterben begriffen ist, wie so viele meinen, sondern noch lebt und frisch pulsiert, zeigte die Jubiläumsfeier. Eingeleitet wurde das Fest durch einen Männerchor, dem ein gut zum Vortrag gebrachter Prolog von Herrn Johann folgte. In der Festansprache schilderte Bezirksleiter J u n g n i t s c h das soziale Elend, das auf der Arbeiterfamilie bei Einzug des Industrialismus in Deutschland lastete und die Widerstände, die sich der jungen Gewerkschaftsbewegung nicht nur allein von Seiten der Unternehmer, sondern auch von Staat und Behörden, entgegenstellten. Rechte für die Arbeiterschaft gab es nicht, sogar das primitivste, das Recht der Vereinigung, wurde ihr erst 1917 zugestanden. Schwere Kämpfe waren notwendig, um die sozialen Verhältnisse zu verbessern. Die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses durch den Tarifvertrag, Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Gewerbeaufsicht, Vereinigungsrecht, Entlassungsschutz, Sozialversicherungen, Fortbildungsschulwesen, Gesundheitschutzbestimmungen, Erwerbslosenfürsorge, das alles sind Erfolge, die lediglich durch die geeinte Kraft der Arbeiterschaft errungen wurden. Unendlich viel Gutes hat die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterfamilie geleistet, große Aufgaben harren der Bewegung noch in der Zukunft. Der Ruf nach tatkräftiger, freudiger Mitarbeit bildete den Schluß der inhaltreichen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache. Einen würdigen Rahmen gab ihr das von der Gesangsabteilung des katholischen Gesellenvereins eindrucksvoll zu Gehör gebrachte „Deutsche Volksgebet“. Das Festspiel „Die Frau“, eine dramatische Dichtung in drei Aufzügen, die das Ueberleben der Frau aus dem rein häuslichen Leben in das schaffende Getriebe der Neuzeit versinnbildlichte, richtete das Augenmerk der Anwesenden auf die tiefen inneren Werte, welche die christliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterschaft, vor allem auch der arbeitenden Frau, vermitteln will.

Mit einigen beherzigenswerten Mahnungen des Bezirksleiters Jungnitsch schloß die Veranstaltung. Alles in allem legte diese Feiern ein von dem stiltlichen und kulturellen Hochstand der christlichen Textilarbeiterbewegung, wie dies auch in dem Eingang angeführten Prolog zum Ausdruck kam:

Wir stehen für Gott, für Wahrheit und für Recht,
Uns blinden echte, wahre Bruderhande,
Der Arbeit dienen wir, doch nicht als Knecht.

Bücher und Schriften.

Deutsche Sozialpolitik und deutsche Kultur von Dr. Theodor Brauer, Professor an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe. Verlag Herder, Freiburg in Breisgau.

Die Schrift bietet in dieser Form und Ausführlichkeit wohl erstmals eine streng sachliche Untersuchung der staatlichen deutschen Sozialpolitik vor dem Forum deutschen Kulturwillens und Strebens. Eine solche Untersuchung ist gerade jetzt doppelt bedeutsam, wo diese Sozialpolitik leidenschaftlich umstritten ist. Sie erinnert zu rechter Zeit, vor dem gänzllichen Uebergang Deutschlands zum „Amerikanismus“, daran, daß es guter deutscher Tradition entspricht, wesentliche Erscheinungen des Volkslebens nicht in erster und lehter Linie nur zahlenmäßig zu werten. Von erheblicher Bedeutung ist die Klarstellung der Frage, ob und inwiefern die Nachkriegszeit etwa grundlegend neue Wege der Sozialpolitik angebahnt hat. Für den, der „nur Praktiker“ sein will, bringt die Schrift einen in großen Zügen gehaltenen Ueberblick über den heutigen Stand der Sozialpolitik. Jedenfalls ist in ihr auf wenigen Seiten eine Fülle von Stoff und von teilweise ganz neuen Gesichtspunkten vereinigt, so daß ohne Zweifel reiche Anregung von der Schrift ausgehen wird. Sie wird in Bände als 13. und 14. Heft der von Dr. Georg Schreiber herausgegebenen Sammlung „Schriften zur deutschen Politik“, etwa 120 Seiten stark, erscheinen können.

Die Schrift darf in keiner Gewerkschaftsbücherei fehlen. Bestellungen sind an den Christlichen Gewerkschaftsverlag zu Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 1 zu richten.

Die Kongressrede Stegerwalds

ist unter dem Titel „Arbeiterschaft, Volk und Staat“ im Christlichen Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 1 erschienen. Preis 30 J.

In der Nr. 19 unserer Verbandszeitung konnte die Rede nur auszugsweise wiedergegeben werden. Die jetzt erschiene Schrift bringt die Rede im vollen Wortlaut nach dem Stenogramm.

Alle Gewerkschaftler, die die Stellungnahme unserer Bewegung zu allen bedeutungsvollen Fragen der Zeit kennen lernen wollen, müssen die programmatischen Ausführungen unseres ersten Führers durchstudieren. Der Inhalt der Rede ist für eine sehr lange Zeit hindurch richtunggebend und wegweisend für die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung. Darum empfiehlt sich die sofortige Sammlung von Bestellungen durch die Vertrauensleute und Ortsgruppen und die Weiterleitung der Bestellungen an den Christlichen Gewerkschaftsverlag.

Ermäßigte Eintrittskarten für die große Ausstellung in Düsseldorf.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf teilt uns mit, daß für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von M 1.— zu erhalten sind. Wenn Gewerkschaftsgruppen außerhalb Düsseldorf die Düsseldorf Ausstellung besuchen wollen, ist zu empfehlen, daß sie sich direkt an das Düsseldorf Kartell zu Düsseldorf, Lützenstraße 37 1 wenden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gewerbeaufsicht und Textilarbeiterschaft. — Ferien in der Lobbericher Textilindustrie. — Berufsgesahren in der Textilindustrie. — Die Leistungen der Krankenversicherung. — Späte Einsicht. — Arbeitbergewissen. — Lohn- und Arbeitsfreilichkeiten. — Feuilleton: Der Brief. — Allgemeine Rundschau: Textilarbeiterelend. — 6,94 Mark Pension nach 35 Dienstjahren. — Aus unseren Verbandsbezirken: Sekretariatsbezirk Kempten (Allgäu). — Bericht aus den Ortsgruppen: Düren. — Illpingsdorf. — Neusalz Ober. — Bücher und Schriften. — Die Kongressrede Stegerwalds. — Ermäßigte Eintrittskarten für die große Ausstellung in Düsseldorf.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florstr. 7.